



Prof. Gert Weisskirchen

Mitglied des Deutschen Bundestages
Außenpolitischer Sprecher der SPD Bundestagsfraktion
Persönlicher Beauftragter des OSZE-Vorsitzenden
zur Bekämpfung des Antisemitismus

MdB Gert Weisskirchen ■ Platz der Republik ■ D-11011 Berlin

An die Medienvertreter

Berliner Büro:

Platz der Republik ■ 11011 Berlin
+49 30 227-7 35 03
+49 30 227-7 65 03
gert.weisskirchen@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Bergheimer Str. 88 ■ 69115 Heidelberg
+49 6221 21 006
+49 6221 18 18 91
gert.weisskirchen@wk.bundestag.de

Internet:

<http://www.gert-weisskirchen.de>

Berlin, 12. November 2007

Zivilgesellschaftliche Courage gegen Fremdenhass und Antisemitismus

Gert Weisskirchen, Persönlicher Beauftragter des OSZE-Vorsitzenden zur Bekämpfung des Antisemitismus, nahm persönlich an dem Protest gegen den geplanten Neonazi-Aufmarsch durch das jüdische Viertel von Prag am vergangenen Samstag teil, um ein Zeichen der Solidarität und Unterstützung zu setzen.

Auf Einladung von Tomas Kraus, dem Generalsekretär der Föderation Jüdischer Gemeinden in der Tschechischen Republik, protestierte er mit über 1000 BürgerInnen gegen die geplante Demonstration von mehreren hundert Rechtsextremisten, die offiziell gegen die „Teilnahme Tschechiens am Angriff gegen den Irak“ zusammen kamen. Der gewählte Termin am 10. November, 69 Jahre nach der Reichskristallnacht, zeigte allerdings, dass dieses Thema nur als Vorwand benutzt wurde. Im Verbund mit den polizeilichen Anstrengungen wurde erfolgreich die Durchführung der zuvor gerichtlich verbotenen Neonazi-Demonstration verhindert. Trotz gerichtlichen Verbots hatten sich mehrere hundert Rechtsextremisten versammelt. Zuvor hat auch Pavel Bém, Oberbürgermeister von Prag, Anstrengungen unternommen, um die Demonstration zu verhindern.

Der überwältigende Protest der Prager Bevölkerung hat bewiesen, dass man mit zivilgesellschaftlicher Courage ein klares Zeichen gegen Fremdenhass und Antisemitismus setzen kann. Mehr als tausend Bürgerinnen und Bürger protestierten gegen die Rechtsextremisten und zeigten damit, dass sie die Gefahr, die von Neonazis ausgeht, erkannt haben und dagegen selbst aktiv werden. Dies ist ein Vorbild, das allen im Kampf gegen Rechtsextremismus Mut macht.

Zudem forderte der Beauftragte der Beauftragte des OSZE-Vorsitzenden zur Bekämpfung des Antisemitismus eine Verbesserung der juristischen Beratung für jüdische Gemeinden und andere Betroffene von rechtsextremen und antisemitischen Übergriffen.